

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Katharina Schulze

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Susann Enders

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Hagen

Abg. Christian Kligen

Abg. Jochen Kohler

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Steffen Vogel

Staatsminister Klaus Holetschek

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**

"Bayern zusammenhalten - gemeinsam durch den Winter"

Sie kennen das Prozedere. Als Erster erteile ich der Kollegin Katharina Schulze für Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Menschen schauen mit Sorgen auf diesen Jahreswechsel; ich auch. Denn 2022 ist kein einfaches Jahr: Russland hat die Ukraine überfallen, und seitdem kämpfen die Ukrainerinnen und Ukrainer um ihr Leben, um ihr Land und für unser aller europäischen Werte. – Außerdem konnten wir 2022 schmerzlich sehen, wie abhängig wir gerade hier in Bayern vom russischen Gas sind. Die daraus resultierenden hohen Energiepreise belasten viele Menschen und viele Unternehmen: die Alleinerziehenden, die Rentnerinnen und Rentner, die Studierenden, die Auszubildenden, die Familien – um nur ein paar zu nennen. Bei all denen ist am Ende des Geldes noch zu viel Monat übrig.

Kolleginnen und Kollegen, und dann haben wir ja noch die Klimakrise, die keinen Stopp einlegt hat: Dürre, Überschwemmungen, Starkwetterereignisse, Fluchtbewegungen – das wird in den nächsten Jahren mehr werden und nicht weniger. Wir leben also in stürmischen Zeiten. Seit dem 24. Februar 2022 ist das vielen von uns klar geworden wie noch nie zuvor im Leben. Ich glaube, wir müssen uns ehrlich eingestehen, dass dieser Sturm nicht gleich wieder abziehen wird. Unser Bundespräsident hat das gut charakterisiert, finde ich: Wir befinden uns jetzt in einer "Epoche im Gegenwind".

Wie gehen wir als Gesellschaft damit um? – Da gibt es die einen, die sich beleidigt und wütend in die Ecke stellen, die Ohren und die Augen zuhalten und wild brüllen, weil sie möchten, dass alles so bleibt, wie es ist. – Tja, so wird es nicht funktionieren. Wegducken oder in die Vergangenheit schauen, hilft uns als Gesellschaft nicht weiter.

Wir müssen uns vielmehr dem Wind entgegenstellen, die Ressourcen unserer Gesellschaft, die diese Veränderungen gestalten wollen, zusammenführen, solidarisch sein und kreative Lösungen für die Herausforderungen suchen getreu dem Motto: Du bekommst die Welt nicht besser gemeckert, du musst die Welt besser machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bedeutet das jetzt konkret für die Politik? – In meinen Augen muss die Politik führen, und die Politik muss zusammenhalten. Gute, vorausschauende Politik spielt die verschiedenen Krisen nicht gegeneinander aus, sondern stellt die Weichen so, dass unsere Gesellschaft gut durch die nächsten Jahre kommt und gestärkt in die Zukunft geht. Auf Bundesebene sieht man gut, wie das geht. Ich nehme mal das Beispiel der Versorgungssicherheit: Die Bundesregierung hat in einem enormen Kraftakt dafür gesorgt, dass die Gasspeicher jetzt zum 98,88 % gefüllt sind. Das ist ein Wert, den im Frühjahr 2022 viele Unkenrufer noch für unmöglich gehalten haben. Aber unser Wirtschaftsminister Robert Habeck und sein Team haben geliefert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich höre jetzt aus den Reihen einige "Öh-Rufe". Dazu möchte ich nur sagen: Wenn man damals dem ökonomischen Sachverstand von Friedrich Merz gefolgt wäre, der ein Gasembargo gefordert hatte, wäre die Situation für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer und für unsere Bürgerinnen und Bürger jetzt eine ganz andere. Darum ist es gut, wie die Bundesregierung gehandelt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit diejenigen, die Hilfe benötigen, auch gut über diesen Winter kommen, wurden Entlastungspakete geschnürt; ich nenne nur ein paar Punkte: Das Kindergeld wurde auf 250 Euro erhöht. Die Abschlagszahlungen im Dezember werden übernommen. Eine Gaspreisbremse und eine Strompreisbremse für private Haushalte und kleine

und mittelständische Unternehmen wurden eingeführt. Es gibt eine Energiepreispause von 300 Euro für Rentnerinnen und Rentner und von 200 Euro für Studierende. Es gab das 9-Euro-Ticket, und es wird jetzt das 49-Euro-Ticket geben. All diese Entlastungen hat die Bundesregierung in kürzester Zeit auf den Weg gebracht.

Ja, man kann sagen, manches muss noch schneller kommen, manches ist auch kompliziert, weil wir neue Lösungen für komplexe Probleme entwickelt haben, und ja, manche dieser Entlastungen sind auch, der Not geschuldet, vielleicht nicht ganz so zielgerichtet, wie sich der eine oder andere das gewünscht hat. Aber wir müssen doch klar und deutlich festhalten: Die Bundesregierung nimmt so viel Geld in die Hand, um die, die es nötig haben, gut durch diesen Winter zu tragen. Das kann man auch einmal so laut und deutlich sagen und anerkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur kurzfristig zu entlasten, reicht natürlich nicht. In unserem Land ist in den 16 Jahren Ihrer Mit-Regierungsverantwortung leider zu wenig gemacht worden, sodass jetzt die Bundesregierung sehr viel aufholen muss: Erneuerbare Energien müssen schneller ausgebaut werden; die richtigen Gesetze dafür wurden gemacht. Jetzt kommt die Kindergrundsicherung, die Kinderarmut wirksam bekämpft. Das Bürgergeld wurde beschlossen, und es soll das Chancen-Aufenthaltsrecht für einen modernen Staat und zur Bekämpfung des eklatanten Fachkräftemangels in Deutschland kommen. Das alles hat die Bundesregierung in weniger als einem Jahr auf die Beine gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, dass die CSU mit ihrem Gemecker gegenüber der Ampel mal ganz still sein sollte. Ich würde Ihnen eher empfehlen, in das stille Eckchen zu gehen und zu reflektieren, warum wir all diese Sachen in so kurzer Zeit machen müssen. Das liegt unter anderem daran, dass in den 16 Jahren, in denen Sie mit in der Regierungsverantwortung waren, ganz vieles in diesem Land liegen geblieben ist, was wir jetzt in kürzester Zeit aufholen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir über Zusammenhalt reden, geht es auch darum, wie wir demokratische Parteien miteinander umgehen. Auch da muss ich der Union mal den Spiegel vorhalten: In einer Krise, in der wir als Gesellschaft sind, haben Bürgerinnen und Bürger es verdient, dass die Parteien gemeinsam um die besten Lösungen ringen. Was passiert aber bei der Union? – Nehmen wir das Beispiel Bürgergeld: Da wird wissentlich mit falschen Fakten Stimmung gegen die Ärmsten in unserem Land gemacht. Ich sage es hier noch einmal deutlich: Zu arbeiten lohnt sich in unserem Land immer mehr, als nicht zu arbeiten. Da hat Ihre populistische Kampagne nichts verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mich ärgert daran vor allem auch Ihr Menschenbild, das dabei durchschimmert; denn Arbeitslosigkeit kann jeden von uns treffen: durch Schicksalsschläge oder durch Krankheit. Dann sollte man doch gerade in einer Krise die Arme unterhaken, sich gegenseitig helfen und schauen, wie wir gut durch diese Zeit kommen, anstatt mit gezielten Desinformations- und populistischen Kampagnen zu probieren, einen halben Meter gutzumachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde das noch auf einer anderen Ebene sehr gefährlich. Machen wir uns doch nichts vor: Unsere Demokratie steht im Moment unter Beschuss von verschiedensten Seiten – von außerhalb zum Beispiel durch andere Staaten, die probieren, hier Einfluss zu nehmen, aber auch von innerhalb unseres Staates. Es muss doch unsere gemeinsame Überzeugung als Demokratinnen und Demokraten sein, dass wir die Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützer sind, dass wir faktenbasiert argumentieren, dass wir keine Desinformationskampagnen voranbringen und vor allem, dass wir unser Grundgesetz als Fundament unseres Zusammenlebens nehmen und dass wir Solidarität und Hilfsbereitschaft gerade in Krisen ganz weit nach vorne stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie was, liebe CSU? Für den Fall, dass Ihnen langweilig ist und Sie nichts anderes machen können, als gegen Berlin zu schimpfen, gebe ich Ihnen einen kleinen Tipp: Sie regieren noch bis 2023; dann ist Wahl. Es gibt in Bayern sehr viel zu tun. Ich möchte noch kurz eine Gruppe hervorheben, die aus unserer Sicht in den letzten Jahren viel zu wenig im Blickwinkel war, nämlich die Kinder und Jugendlichen. Der Ethikrat hat am Montag dieser Woche die Warnleuchte angeschaltet: Die Zahl der psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen ist massiv gestiegen. Es muss doch in unser aller Interesse sein, dass die Jüngsten in der Gesellschaft besser geschützt werden. Wir müssen also dringend in Beratung und Hilfsangebote gerade für Kinder und Jugendliche investieren. Wir brauchen eine bessere Sozialarbeit in Schulen. Wir müssen unser Bildungssystem insgesamt auf neue Füße stellen – von der frühkindlichen Bildung über die Schule mit dem Blick auf die Ganztagsbetreuung bis hin zu Ausbildung und Studium; denn die Kinder und Jugendlichen haben es verdient, dass die Politik nicht nur am Weltkindertag an sie denkt, sondern jeden Tag in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2022 ist kein einfaches Jahr, und 2023 wird auch nicht einfach werden. Es ist also die Aufgabe von Politik zu führen. Es ist die Aufgabe von Politik zusammenzuhalten. Es ist die Aufgabe von Politik, zu machen statt zu meckern. Es ist die Aufgabe von Politik, den Fokus auf diejenigen zu richten, die dringend Unterstützung benötigen. Das bedeutet nicht, auf diejenigen zu hören, die am lautesten schreien, sondern vielleicht auf diejenigen zu hören, die zu schwach sind, um zu schreien, weil sie zusehen, wie sie irgendwie über die Runden kommen.

Wenn wir als Grundkonsens der demokratischen Fraktionen sehen, gemeinsam denen zu helfen, die es nötig haben, und unser Land in eine bessere Zukunft zu führen, werden wir auch gut über diesen Winter kommen. Dann wird es in den nächsten Jahren in

unserem Land auch wieder besser und leichter werden; davon bin ich fest überzeugt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden auch weiterhin genau dafür Politik machen.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste hat die Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion das Wort, auch 10 Minuten.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es spannend, Frau Kollegin Schulze, dass Sie gesagt haben: Wir wollen nicht nach hinten schauen, wir wollen nicht meckern. – Dann frage ich mich, warum Sie damals so viel beim Bayerischen Familiengeld gemeckert haben. Auch heute sind Sie, ehrlich gesagt, Ihrem Anspruch nicht gerecht geworden; denn Sie haben auch hier wieder gemeckert.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Ich durfte im Auftrag des Herrn Ministerpräsidenten damals das Bayerische Familiengeld einführen, weil uns die Familien nicht nur in Krisensituationen etwas wert sind, sondern weil sie uns generell etwas wert sind. Von Ihnen kam nur Gemecker: in einer Tour immer wieder Gemecker. Jetzt kommt auch Zwischengemecker. Wir haben Ihnen zugehört, aber auch jetzt wird wieder gemeckert. Das ist aber genau das, was Sie darstellen.

Frau Kollegin, ich stimme Ihnen voll zu: Die Demokratie ist gefährdet – ich glaube das auch –, weil wir auf eine gesellschaftliche Spaltung zulaufen zwischen denjenigen, die sich die Energie noch leisten können, und denjenigen, die sie sich nicht mehr leisten können.

(Zuruf)

Diejenigen, die sie sich nicht mehr leisten können, kommen schnell auf fremdenfeindliche und sonstige Gedanken; da müssen wir alle gemeinsam aufpassen.

Wenn wir uns alle gemeinsam darauf verständigen, dass wir darauf aufpassen, muss jeder tun, was er kann. Ich bin dem bayerischen Kabinett sehr dankbar, dass es, obwohl wir noch immer nicht wissen, wie die Situation ist und was Berlin denn jetzt an Härtefällen und sonstigen Geschichten fördert, schon jetzt einen Rettungsschirm aufspannt und sagt: Ja, wir werden an der Seite derjenigen stehen, die es auch wirklich brauchen. – Ich werfe Ihnen auch noch nicht vor, dass Berlin noch nicht konkretisiert hat, was und wie es denn fördert; denn mir ist völlig klar,

(Zuruf)

dass man realistisch sein und sehen muss, dass das erst einmal ausgearbeitet werden muss. Herr von Brunn, Gott sei Dank wird Bayern natürlich auf die Lücken, die Berlin hinterlässt, aufsetzen.

(Zuruf)

Es ist klar, dass Bayern die Lücke nicht kennen kann, solange Berlin nicht entscheidet; das ist logisch. Deswegen war das von mir keine Kritik, auch wenn der Kollege von Brunn es noch nicht verstanden hat.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir diese Spaltung in der Gesellschaft gemeinsam verhindern wollen – ich beziehe alle demokratischen Parteien mit ein –, dann gibt es Folgendes zu tun: Die Energiefrage ist, wie Sie zu Recht ausgeführt haben, eine originäre Aufgabe des Bundes. Der Freistaat erklärt sich bereit, bei Lücken einzuspringen. Das Kabinett hat dazu hervorragende Beschlüsse gefasst. Jetzt schauen wir uns doch einmal an, was Berlin dazu tut. Die Kollegin hat zu Recht gesagt, wir wollen nicht zurückschauen. Dann schauen wir doch nach vorne. "Nach vorne" heißt, die Vorsitzende der Wirtschaftsweisen Frau Prof. Schnitzer sagt: Wenn wir die Laufzeit der Kernkraftwerke bis Ende 2024 verlängern würden, hätten wir beim Strompreis 12 % – 12 %! – weniger. Für die-

jenigen, die es sich finanziell nicht leisten können, sind 12 % der Kosten verdammt viel.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Zurufe)

Robert Habeck bringt eine Frage zur Gasumlage ein, die er im Plenum wieder selber zurückziehen muss, weil das Gesetz nicht funktioniert hat. Wir haben in den letzten Tagen mit "Erdgas Schwaben" geredet. Dieser Anbieter hat uns berichtet, dass allein bei diesem Gasversorger, der rund 60.000 Kunden hat, nur durch dieses Hin und Her Bürokratiekosten in Höhe von 150.000 Euro entstanden sind, und zwar nur bei diesem Anbieter. Wenn wir das hochrechnen, kommen wir auf einen zweistelligen Millionenbetrag an reinen Bürokratiekosten, die die Anbieter ohne Not wegen eines stümperhaften Vorgehens von Bundesminister Habeck hatten.

(Beifall bei der CSU)

Das sind die Fakten; denn wir haben gerade gehört, dass wir uns an den Fakten orientieren wollen. Das heißt, wir haben eine Unsicherheit, woher die Energie, der Strom und die Wärme kommen. Wir haben eine Unsicherheit, wie es weitergehen soll. Die Hilfen sind – das akzeptiere ich – noch nicht komplett ausgearbeitet. Bayern kann nur aufsetzen, wenn es weiß, welche Lücken bei den Mitteln vom Bund kommen. Das ist logisch und weiß auch jeder.

Natürlich kann man immer darüber diskutieren, wo man überall besser werden kann. Klar, darüber müssen wir alle miteinander diskutieren. Deswegen ist es wichtig, immer darauf hinzuweisen, dass wir in den Bereichen Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse deutschlandweit absolut spitze sind.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ja, wir sind bei der Windkraft gemeinsam mit Baden-Württemberg noch nicht so weit, wie wir es wollen. Dazu haben wir die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Deswegen wird es gut funktionieren. Allerdings haben wir in Bayern Folgendes gemacht, da fehlt

mir jetzt das große Lob vom politischen Wettbewerb: Das Kabinett hat Gott sei Dank 100 Personalstellen plus die 50 zusammengekratzt und gesagt, wir wollen ganz schnell schauen, dass die Leitungen gelegt werden und das Thema "Erneuerbare Energie" schnell geregelt wird. Welches Land stellt so viele Mitarbeiter ab, damit diese Dinge vorwärtsgebracht werden können? – Das gibt es nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich mir die Energiefragen ideologiefrei anschau, muss ich immer noch darüber schmunzeln, wie Ostern zuerst die kleine Wasserkraft herausgefallen ist und wie die Biomasse schlechtgeredet wird. Bei der Geothermie gibt es immer noch keine Fündigkeitsrisikoversicherung des Bundes, obwohl es im Koalitionsvertrag drinsteht, also all die Dinge nicht, die man dringend bräuchte, damit wir in Bayern die Fragen lösen können.

(Florian von Brunn (SPD): Meckern, meckern, meckern!)

– Herr von Brunn, bei Ihnen ist "Meckern" der zweite Vorname. Da sollten Sie also nicht hereinschreien.

(Beifall bei der CSU)

Insofern muss man einfach realistisch sagen: All die Fragen, die der Bund im Bereich der Energie hätte zwingend lösen können, hat er faktisch nicht gelöst. Genau deswegen finde ich es sportlich, jetzt zu sagen: Lasst uns nach vorne schauen; Bayern soll halt all das irgendwie abdecken, was vom Bund nicht geleistet wird.

Auch das Menschenbild wurde gerade angesprochen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich frage mich, welches Menschenbild gerade in Berlin herrscht. Die Wirtschaft hat man erstmal gar nicht bedacht. Unternehmer mussten während Corona zwei Jahre lang den Gürtel wirklich enger schnallen und wussten nicht, wie es weitergeht. Und jetzt heißt es auch noch: Schnallt halt den Gürtel nochmals ein bisschen enger. Den Rentnerinnen und Rentnern und Menschen mit kleinem Einkommen muss es doch wie

Hohn vorkommen, wenn es heißt: Schnallt doch den Gürtel enger, irgendwie wird es schon gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Hier stelle ich mir schon die Frage: Warum macht Berlin das? Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie können es nicht besser, oder Sie sagen bewusst und als Ideologie: Wir wollen die Menschen jetzt so weit bringen, dass sie dem, was wir uns ideologisch vorstellen, entsprechend Rechnung tragen. Genau dafür stehen weder die CSU noch die FREIEN WÄHLER. Wir wollen die Menschen nicht erziehen. Wir sind dafür gewählt worden, das, was die Menschen wollen, umzusetzen und zu versuchen, dieses Land in die Zukunft zu führen. Wenn sich Berlin Bayern als Beispiel nähme, hätte ich keine Sorgen um die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte zur Aktuellen Stunde haben die GRÜNEN folgenden Titel gewählt: "Bayern zusammenhalten – gemeinsam durch den Winter". Dieser Titel ist angesichts dieser Politik, die Sie als GRÜNE im Bund und hier als schwarz-oranger Koalition in unserem Freistaat veranstaltet haben, blanker Hohn. Schauen wir uns doch die letzten Jahre Ihrer Politik an. Sie beschwören jetzt die Gemeinsamkeit, nachdem Sie die Bevölkerung mit Ihren Impfkampagnen – ja, Impflügen – gespalten und nicht Geimpfte gnadenlos ausgegrenzt, ja vielen ihre berufliche Existenz geraubt haben. Sie beschwören den Zusammenhalt, nachdem Sie hier im warmen Parlament unseren Kindern eiskalte Klassenzimmer verordnet haben, den Zusammenhalt, nach-

dem Sie unsere Alten von ihren Angehörigen isoliert und vereinsamt haben sterben lassen.

Es reicht schon der Blick auf dieses Jahr, um zu erkennen, was Sie alles "verbaerbockt" haben. Gemeinsam mit der Kriegslobby hoffen Sie auf einen Siegfrieden zugunsten der Ukraine. Dass dieser am Ende maximal nur auf einen grauenhaften Pyrrhussieg hinauslaufen kann, nehmen Sie gemeinsam mit den Zwangsgebührenmedien zur großen Zufriedenheit der Transatlantikbrücke billigend in Kauf. Ja, da besteht unter den Altparteien ein großer Zusammenhalt. Aber was der Bürger davon hält, der seine Lebenshaltungskosten nicht mehr bestreiten kann, das sollen jetzt die großen Gießkannen richten. Schulden und nochmals Schulden – der neue Haushaltsplan für Bayern soll ja ohne neue Schulden klappen. Wir werden sehen, ob man diesmal ohne Verfassungsbruch mit versteckten Schulden und Schattenhaushalt auskommt.

Sie predigen jetzt Zusammenhalt, nachdem wir die stabile Energiesicherheit unseres Landes zugunsten nicht grundlastfähiger regenerativer Energien zu Wucherpreisen ausgetauscht haben. Wo sind denn jetzt die großen Segnungen der Energiewende, die wir jetzt alle gemeinsam in diesem Winter genießen dürfen?

(Beifall bei der AfD)

Die Lösung heißt hier im grünlich regierten Bayern "Härtefallfonds". Gestern im Haushaltsausschuss konnte uns zwar keiner erklären, wie das finanziert werden soll. Aber wenigstens ein Gewinner steht bereits jetzt fest, landen doch bis zu schlappe 10 % der Hilfssummen bei einem privaten Wirtschaftsunternehmen, bei dem dann der Bürger als Bittsteller seine Anträge einreichen darf. Das fördert den Zusammenhalt unheimlich. Die CSU versteht es bei jeder Krise meisterhaft, die Kassen diverser großer Unternehmen klingeln zu lassen, während der Bürger wahlweise verfassungswidrig eingesperrt oder diesmal daheim frieren darf.

Großartig diese Gemeinsamkeit! Sie wollen Bayern zusammenhalten. Dabei spürt jeder Normalverdiener bereits genug Ihren steuerlichen Würgegriff. Wer kann sich die eigenen vier Wände noch leisten? Wer ein sorgenfreies Weihnachten? Sie halten Bayern so fest zusammen, bis Sie wirklich den letzten Cent aus den Bürgern herausgepresst haben. Sie fordern jetzt Zusammenhalt, nachdem Sie mit Schuldenorgien für rot-grüne Luxusprojekte die Inflation immer höher treiben. Sie wollen gemeinsam durch den Winter. Ich frage mich, mit wem? Mit dem Volk? Bei diesem Begriff läuft es Ihnen doch eiskalt den Rücken herunter. Seien Sie doch ehrlich: Da ist Ihnen ein gemeinsamer Sektempfang mit der Klima- oder Kriegslobby in geheizten Chefetagen um einiges lieber.

(Beifall bei der AfD)

"Bayern zusammenhalten – gemeinsam durch den Winter" So klingt das schon fast wie eine Durchhalteparole. Allerdings sind es noch vier Winter. Dann kommt endlich das begehrte Gas von unseren so geschätzten Regenbogenfreunden aus Katar, wobei die versprochene Menge gerade mal für geschätzt 3 % des Verbrauchs reicht.

Aber vielleicht haben Sie bis dahin gemeinsam mit der Klimalobby unser Land so weit heruntergewirtschaftet, dass wir gar nicht mehr Gas benötigen. Vielleicht ist ja das Habecks weitsichtiger Masterplan.

Ich komme damit zum Ende. Sie können weder einen Zusammenhalt erzwingen noch Gemeinsamkeiten herbeimoralisieren, solange Sie Politik für die internationalen Großkonzerne betreiben. Machen Sie einfach Politik für das Volk. Dann brauchen auch Sie, Frau Schulze, keine schrillen Moralkonzerte. Die ehrliche Lösung ist so einfach wie schlicht: Beenden Sie die völlig sinnlosen Wirtschaftssanktionen, und zwar am besten alle, die Sie weltweit gegen andere Nationen verhängt haben!

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Pressesprecher des Krem!!)

Wirtschaftssanktionen haben bisher nie zu den gewünschten Ergebnissen geführt, sondern nur Elend und Leid verursacht. Öffnen Sie endlich Nord Stream 2!

(Beifall bei der AfD)

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen beendet werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht als Nächste die Kollegin Susann Enders.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Armutsquote in Deutschland ist in den letzten Jahren massiv angestiegen. Eine Studie erkennt darin sogar eine Gefahr für unsere Demokratie. Ökonomen erwarten für diesen Winter weiter wirtschaftliche Probleme. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag befürchtet sogar, dass das Bruttoinlandsprodukt auch im gesamten Jahr 2023 um rund 3 % einbricht. Pandemie und Krieg in der Ukraine beuteln die Menschen, beuteln uns alle.

Mit der Aktuellen Stunde "Bayern zusammenhalten – gemeinsam durch den Winter" liegt der Fokus wie in den vergangenen Jahren wieder auch auf einer wohldurchdachten Politik. Meine Damen und Herren, wir, die Bayernkoalition, wissen um die Sorgen und Nöte, um die Ängste der Menschen. Meine Bürgersprechstunden drehen sich mittlerweile nur noch um rein persönliche und zum Teil tief berührende Schicksale, um Menschen, die mit Preissteigerungen im exorbitanten Bereich ans Existenzminimum geraten.

Uns als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion war es klar, dass wir aufgrund drohender Belastung für Gesellschaft und Wirtschaft in Ergänzung zu den Maßnahmen des Bundes einen eigenen bayerischen Härtefallfonds in Höhe von 1,5 Milliarden Euro auflegen müssen. Die Bürger müssen unmittelbar entlastet werden. Wir wollen in Bayern

zudem im so sensiblen Bereich Energie eigenständiger und krisenfester werden. Wir wollen die Zukunft sicherer und sauberer machen und setzen mit zusätzlichen 500 Millionen Euro auf Innovation, Forschung und Sicherheit. Der bayerische Schutzschirm kommt zusätzlich zu den Bundeshilfen dazu.

Hilfen für die bayerischen Bürger, Hilfen für die bayerische Wirtschaft, Hilfen für das soziale Leben und die Infrastruktur in Bayern sind immens wichtig, da es vor allem auch um unser Miteinander, um Stimmungen, um Zusammenhalt, um Hilfe und Werte geht. Wir werden auch unser soziales Leben stützen. Nur ein Beispiel ist der Sport. Hierfür soll bereits jetzt für 2023 die Vereinspauschale verdoppelt werden. Durch unseren bayerischen Härtefallfonds wird ganz besonders auch das soziale Leben in den Fokus genommen, auch Einrichtungen des Frauenhilfesystems, Vereine sowie generell alle ehrenamtlichen Strukturen.

Meine Damen und Herren, auf Initiative unserer bayerischen Ehrenamtsbeauftragten Eva Gottstein haben wir deshalb eine Beistandsoffensive für gemeinnützige Vereine und Organisationen betreffend die Energiepreise angestoßen. Für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind alle systemrelevant. Dafür stehe ich, dafür stehen wir als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion.

Dass wir Krisen meistern können, haben wir in der Corona-Pandemie bewiesen. Wir in Bayern sind und bleiben auch da noch wachsam. Ich erinnere an unsere Therapiestrategie in den vergangenen Wintern, die wir FREIE WÄHLER eingebracht haben, damit Bayern als Biotechnologie- und Medizinstandort mit internationaler Spitzenposition weiterkommt und gerade im medizinischen Bereich noch regionaler, noch besser ausgestattet ist. Ich erinnere an den damaligen Härtefallfonds, der dank Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger Menschen und Unternehmen auf den Beinen gehalten hat. In diesem Sinne werden wir auch jetzt viele weitere Entscheidungen für den kommenden Winter treffen müssen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend einen persönlichen Gedanken. Wir werden auch diese aktuelle Energiekrise bewältigen. Wir werden auch in dieser aktuellen Krise gute und wichtige Entscheidungen für unsere Bürger, für die gesamte Gesellschaft treffen müssen. Rückblickend auf die Corona-Krise bin ich mir sicher, dass wir auch jetzt wieder wie in den vergangenen drei Jahren neben richtig guter Arbeit Fehler machen werden, Fehlentscheidungen treffen werden, nicht aus Vorsatz und nicht, um jemandem zu schaden.

(Florian von Brunn (SPD): Ja, weil Sie es nicht besser können!)

Aber wenn wir später einmal auf den kommenden Winter, auf die kommende Zeit, in der uns die Auswirkungen des furchtbaren Krieges mitten in Europa beschäftigen werden, zurückblicken werden, werden wir auch wieder im Nachhinein schlauer sein und Fehler erkennen – übrigens nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition. Ich würde mir nur eines wünschen, meine Damen und Herren, dass nämlich die Politik, also Opposition und Regierung, dann endlich das Rückgrat besitzt, sich für getroffene Fehlentscheidungen und Äußerungen zu entschuldigen; denn genau das ist rückblickend auf die vergangene Corona-Krise nicht erfolgt.

Ich entschuldige mich für politische Entscheidungen, die aus bestem Wissen und Gewissen in der Corona-Ausnahmesituation mit dem Ziel des Schutzes der Gesellschaft getroffen worden sind, sich aber rückblickend als falsch herausgestellt haben. Ich entschuldige mich für Entscheidungen, die ich aufgrund demokratischer Mehrheiten nicht verhindern konnte, und für politische Entscheidungen, die unsere Gesellschaft gespalten haben. Das erwarte ich von allen Mandatsträgern. So ehrlich müssen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber sein, damit wir gemeinsam mit der gesamten Gesellschaft durch die kommende Krise kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der AfD – Zuruf: Frau Kollegin! Frau Kollegin! – Zuruf von der AfD: Chapeau! – Andreas Winhart (AfD): Die Größe hat nicht jeder!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Enders, das fand ich jetzt tatsächlich gut, dass Sie das so deutlich gesagt haben, dass das eine Fehlentscheidung war. Vielen Dank dafür! Ich meine das jetzt im positiven Sinne, nicht als Oppositionskritik.

(Zuruf: Ach, komm!)

Was wir im Moment erleben, ist für Deutschland, für Europa, für die Welt vielleicht die schwierigste Zeit seit Jahrzehnten. Wie ist die politischen Antwort auf diese Krise? – Ich sehe Handeln und Verantwortung bei Olaf Scholz und der SPD-geführten Bundesregierung, und ich sehe Polarisieren und Spalten bei der Opposition, bei Herrn Merz und bei Herrn Söder, gerade bei denen, die bisher selber überhaupt nichts vorangebracht haben.

Wir haben erst vor zwei Wochen angeboten, wir sind als SPD bereit, sofort über einen Nachtragshaushalt zu reden, um die Bundesmittel, die vielen Milliarden Euro, die der Bund auf den Weg bringt, auch in Bayern im Interesse der Menschen zu ergänzen. Sie haben nichts Konkretes vorgelegt. Sie kritisieren, Sie schimpfen, und man muss einfach festhalten: Für diese Opposition im Bund gilt das Prinzip "Drei Z" – Zögern, Zaudern und Zetern.

(Beifall bei der SPD)

Man kann das Ganze mit dem Satz zusammenfassen: Scholz macht, und Söder mo-sert, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Ich will einfach mal an drei Beispielen erläutern, was wir in Berlin alles auf den Weg gebracht haben und was sich zu 300 Milliarden Euro in drei Entlastungspaketen, einer Strom- und einer Gaspreisbremse aufsummiert. Aber dreimal ganz konkret: Im nächs-ten Jahr steigt der Grundfreibetrag bei der Steuer auf fast 11.000 Euro. Das heißt,

11.000 Euro bleiben dann steuerfrei. Das Kindergeld ab dem ersten Kind steigt auf 250 Euro. Der Mindestlohn von 12 Euro, den wir zum 1. Oktober eingeführt haben, führt dazu, dass die Menschen, die zu diesen Bedingungen arbeiten, jeden Monat netto 300 Euro mehr in der Tasche haben. Das haben wir versprochen, und das haben wir gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Schreyer hat jetzt wieder mit den Energiekosten angefangen. Warum sind die Energiekosten so hoch? – Klar, durch den verbrecherischen Angriffskrieg, den Putin begonnen hat. Das ist ja im Moment die Hauptursache. Aber wenn wir über die Stromkosten reden, dann stellen wir fest, es liegt auch an der falschen Politik, die Seehofer, Söder und Aiwanger gemacht haben. Herr Söder hat ja nach Fukushima als Erster die Atomkraftwerke abschalten wollen. Da hat er den ehrgeizigsten Plan vorgelegt, damals noch als Umweltminister; 2020 wollte er schon raus. Aber er hat offensichtlich geglaubt, der Strom als Ersatz dafür kommt aus der Steckdose; denn er hat nicht dafür gesorgt, dass wir einen Ausgleich für den Strom bekommen, den die abgeschalteten Atomkraftwerke erzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Die Windkraft wurde nicht ausgebaut, und es wurden keine Leitungen gebaut. Sie haben die Windkraft und die Leitungen in Bayern blockiert. Gestern hat der Netzbetreiber Tennet gesagt, was uns das jedes Jahr kostet. Im Jahr 2021 haben wir für Netzausgleichsmaßnahmen 1,5 Milliarden Euro als Stromzahler, als Verbraucherinnen und Verbraucher gezahlt. Dafür können sich die Verbraucherinnen und Verbraucher – im ironischen Sinn – bei CSU und den FREIEN WÄHLERN bedanken, meine verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Das wird im nächsten Jahr noch steigen. Über dieses Problem sollten wir sprechen. Sie tun ja nichts, damit es jetzt vorangeht. Ich möchte an der Stelle aber festhalten, dass Herr Aiwanger gestern pressewirksam erklärt hat, er sehe jetzt doch ein, dass man Leitungen bauen müsse. Auch dafür könnte man sich im Übrigen entschuldigen.

(Beifall bei der SPD – Klaus Adelt (SPD): Hört, hört!)

Sie machen weiter mit dieser Opposition, egal, ob Ukraine – hier haben wir übrigens die Waffensysteme geliefert, die jetzt die Gamechanger sind –, ob Bürgergeld, ob erneuerbare Energie usw. usf.

Ich halte fest: Wir bauen LNG-Terminals. Wir beschleunigen die Energiewende. Das drückt sich auch schon in sinkenden Preisen bei Öl und Gas aus. Wir bringen die Entlastungen. Im Jahr 2022 haben wir eine Familie mit mittlerem Einkommen und zwei Kindern um über 1.900 Euro entlastet. Im nächsten Jahr werden wir diese Familie mit 2.050 Euro entlasten. Wir handeln in schwieriger Zeit. Ich würde mir von der Opposition, von CDU und CSU, statt Polarisieren und Spalten gemeinsames Handeln wünschen; denn das ist es, was die Menschen in diesem Land von uns erwarten, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Martin Hagen für die FDP.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemeinsam durch diesen Winter und gemeinsam durch diese Krise – das ist der Titel der Aktuellen Stunde. Wir haben heute schon häufig einen Begriff gehört, der diese Gemeinsamkeit torpediert und sie infrage stellt, nämlich das Wort "Fake News". Es ist legitim und vollkommen in Ordnung – so soll es in der Demokratie ja auch sein –, dass Regierungsparteien und Oppositionsparteien unterschiedlicher Meinung sind. Aber wenn Regierungspolitik mit Falschmeldungen bekämpft wird und Narrative in die Welt gesetzt werden, die einer kritischen Betrachtung nicht standhalten, weil die Fakten

nicht stimmen, haben wir ein Problem in unserer politischen Kultur, meine Damen und Herren. Das ist in den letzten Wochen und Monaten immer wieder passiert.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Beispiel Bürgergeld: Beim Bürgergeld haben Markus Söder und andere Politiker der Union immer wieder erzählt, es könne nicht sein, dass der, der nicht arbeitet, mehr Geld hätte als der, der arbeitet. Das war von vornherein gelogen! Meine Damen und Herren, dass dies gelogen war, zeigte sich dann bei den Verhandlungen zwischen Ampel und Union; denn dabei spielte das Thema Lohnabstandsgebot aufseiten der Union überhaupt keine Rolle, weil Sie wussten, dass es im Bürgergeldmodell der Ampel immer so war, dass der, der arbeitet, mehr hat als der, der nicht arbeitet. Das heißt, Sie haben ein Thema in der Öffentlichkeit hochgezogen, das Sie bei den Verhandlungen gar nicht ansprechen wollten, weil Sie wussten, dass es von vornherein auf Fake News basierte.

Bei der Erbschaftsteuer sieht es ähnlich aus. Bezüglich der Erbschaftsteuer ist aus der CSU zu hören, die Regierung und insbesondere Finanzminister Lindner planten eine Steuererhöhung durch die Hintertür. Was steckt dahinter? – Die Immobilienwertermittlungsverordnung wurde von der Vorgängerregierung beschlossen. Federführend war das Innenministerium unter Horst Seehofer, und der gehört, soweit ich weiß, immer noch zu Ihrer Partei, zur CSU, meine Damen und Herren!

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann – Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Und das bei einer Steuer, die zu 100 % den Ländern zufließt und nicht dem Bund. Dass die Bundesregierung eine Steuererhöhung durch die Hintertür plant, die dann in Ihrem Steuersäckel landet, glauben Sie doch wohl selbst nicht! Wenn Sie das verhindern wollen, dann sorgen Sie doch über eine Bundesratsinitiative dafür, dass die Länder hier die Freibeträge erhöhen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Liegt längst vor! Dem müssen Sie zustimmen!)

So geht es munter weiter. Beim Thema Migration ist jetzt von Ihrem Landesgruppenvorsitzenden Alexander Dobrindt zu hören, die Ampel mache sich daran, die deutsche Staatsbürgerschaft zu "verramschen", meine Damen und Herren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): So ist es doch!)

Sehen wir uns – das wird hier wieder bestätigt – die Fakten an: Nach dem Modell der Ampel sind die Voraussetzung für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in Deutschland, die Fähigkeit, seinen Lebensunterhalt nicht nur für sich, sondern für seine gesamte Familie selbst zu erwirtschaften ohne Zuschuss durch weitere Sozialleistungen, die Tatsache, dass man in der Vergangenheit keine Straftaten begangen hat, und ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Das sind heute und morgen die Hürden für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Wer hier von "Verramschen" spricht, meine Damen und Herren, betreibt Stimmungsmache und üble Hetze zulasten der Menschen, die in diesem Land als Einwanderer am Wohlstand Deutschlands mitwirken und hier selbstverständlich das Recht haben, auch Bürger zu werden.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, was wir in den letzten Wochen und Monaten erleben, das ist Opposition auf Trump-Niveau. Wenn das der Vorgeschmack auf den anstehenden Landtagswahlkampf ist, dann prost Mahlzeit!

(Alexander König (CSU): Das sagt der Richtige!)

Sie haben 2018 Ihre Erfahrungen gemacht, wohin dieser Weg führt, und Sie gehen offenbar wieder in genau die gleiche Richtung.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat in dieser Krise Entlastungspakete in nie dagewesener Dimension geschnürt. Aus der Opposition hat man immer das Gleiche gehört: Erstens ist es zu wenig, zweitens ist es zu teuer. Markus Söder ist bei jedem einzelnen Entlastungspaket etwas eingefallen, was noch fehlt und was man noch zusätzlich machen müsste, nur um dann im nächsten Atemzug den Vorwurf zu äußern, Christian Lindner würde zu viele Schulden aufnehmen. Die Realität sieht so aus: Diese Bundesregierung hat unser Land mit historischen Entlastungspaketen gut durch die Krise gebracht, und gleichzeitig sorgt Finanzminister Christian Lindner dafür, dass die Schuldenbremse, die selbst die CSU infrage stellt, im nächsten Jahr eingehalten wird. So geht solide Politik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Taschenspielertricks macht ihr im Haushalt!)

Die Bundesregierung bewältigt gerade die schwersten Krisen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und räumt gleichzeitig die Altlasten auf, die ihr die Vorgängerregierung hinterlassen hat, bei der Energie, bei der Migration und bei der Verteidigungspolitik. Das sollte Anerkennung finden und nicht mit Fake News torpediert werden. Auch das ist Teil des Zusammenhalts in diesem Land, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Christian Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema, das uns die Grün*innen hier präsentieren, ist so inhaltslos wie interpretationsfähig. "Bayern zusammenhalten – gemeinsam durch den Winter" – darunter kann man sich alles oder nichts vorstellen. Ich habe den Eindruck, der Zusammenhalt, der hier beschworen wird, ist lediglich ein Euphemismus für teils existenzielle Entbehrungen, für die den Bürgern und der Wirtschaft zum Dank auch noch

überbordende Kosten aufgebürdet werden, und das Ganze unter dem Deckmantel des "Wir".

Bürger sollen in ihren Wohnungen und am Arbeitsplatz frieren und sich möglichst nur noch in Ausnahmefällen duschen. Unternehmen sollen – ja, was eigentlich? – ihre Produktion einstellen und Mitarbeiter entlassen; schließlich soll Bayern ja zur Weltrettung beitragen. – Dies alles vor dem Hintergrund unsäglicher internationaler Ressourcen- und Energievergeudung. Unzählige Lkws und Flieger bringen Obst, Gemüse oder Fleisch aus Spanien, Südamerika oder Neuseeland. Die Lufthansa macht tausend Leerflüge, um ihre Slots zu behalten. Weltweit fahren über 6.000 Containerschiffe, die im Schnitt je 28.000 Liter Schweröl auf tausend Kilometer verbrauchen. Das größte Kreuzfahrtschiff der Welt, die "Wonder of the Seas" einer US-amerikanischen Reederei, transportiert beinahe 7.000 Passagiere und 2.400 Besatzungsmitglieder. Ich möchte jetzt nicht an die klimatisierten Fußballstadien unter sengender Sonne in Katar erinnern. Asiens Winterspiele dürfen wir 2029 in der Wüste von Saudi-Arabien bewundern.

Deshalb: Auf Gemeinsamkeit bei den durch die Ampel-Politik oft unnötig verursachten Entbehrungen können Bayerns Bürger und Unternehmen gut und gerne verzichten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht Herr Kollege Jochen Kohler für die CSU-Fraktion.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Bayern zusammenhalten – gemeinsam durch den Winter" – dem Thema der aktuellen Stunde können wir vollumfänglich zustimmen. Ja, wir schaffen es nur gemeinsam, und ja, in der aktuellen Krise muss jeder in seiner Zuständigkeit Verantwortung übernehmen. Und Bayern? – Bayern tut dies bereits im Rahmen seiner Möglichkeiten. Wir unterstützen mit vielfältigen Leistungen wie zum Beispiel Familiengeld, Beitragszuschuss für die Kindergartenzeit oder Krippengeld. Vor allem in der aktuellen Situation

sind diese Leistungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine wichtige Stütze für viele Familien bei uns in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Auch bei den Härtefallhilfen ist Bayern bereits gut aufgestellt. Vor allem hier kann Bayern aber erst handeln, wenn der Bund seine Hilfen endlich auf den Weg bringt. Der Bund ist deshalb gefragt und muss hier schnell handeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, Sie machen es sich hier zu leicht. Nicht bloß auf Bayern schauen, sondern übernehmen Sie im Bund erst einmal selbst Verantwortung!

(Beifall bei der CSU)

Denn die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine, insbesondere steigende Energie- und Sachkosten, stellen alle Bereiche der Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Wir dürfen hier die Sozialwirtschaft nicht vergessen; denn aufgrund ihres Gemeinnützigkeitsstatus haben die sozialen Einrichtungen und Dienste kaum Möglichkeiten, Rücklagen zu bilden.

Bayern wird deshalb einen bayerischen Härtefallfonds für soziales Leben und Infrastruktur auflegen. Mit diesem Härtefallfonds werden Einrichtungen der sozialen Infrastruktur unterstützt, die keine oder nur geringe Bundeshilfen erhalten und sich aufgrund der aktuellen Energiekrise in einer existenzbedrohenden Lage befinden. Das sind einerseits etwa Krankenhäuser, Reha- und Pflegeeinrichtungen, andererseits auch Kindertagesstätten, Privatschulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Studentenwerke, Kultur und Medien sowie Vereine. Die werden wir als CSU bzw. als Regierungsparteien nicht im Stich lassen.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus brauchen wir aber auch direkte Hilfe für unsere Mitbürger. Es wird einen bayerischen Bürger-Härtefallfonds geben. Dieser soll Bürgerinnen und Bürgern in Bayern zugutekommen, die wegen der Energiekrise trotz Bundeshilfen besondere

Belastungen tragen müssen. Erfasst werden soll die Existenzgefährdung infolge gestiegener Energiepreise aufgrund der Entwicklung der Gaspreise und der Ölpreise, außerdem die Verteuerungen bei Holz und Strom. Hier muss geholfen werden.

Zudem hilft Bayern zum Beispiel auch bei den Tafeln schnell und unbürokratisch. Vor allem in Zeiten, in denen viele Menschen nicht wissen, wie es mit den hohen Energie- und Lebensmittelpreisen weitergeht, leisten die Tafeln einen unverzichtbaren Beitrag. Wir werden deshalb die Förderung für die bayerischen Tafeln über den Härtefallfonds von gut 600.000 Euro auf nun 1 Million Euro anheben; denn auch die Tafeln stehen aufgrund der hohen Inflation und aufgrund der hohen Energiekosten unter einem immensen Druck.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wichtig, dass wir in Krisenzeiten zusammenhalten und eine gesellschaftliche Spaltung verhindern. Wir dürfen hier kein soziales Ungleichgewicht schaffen. Deshalb ist es gut, dass Bayern beim Bürgergeld deutliche Verbesserungen durchgesetzt hat. Zwar hat es eine Erhöhung der Regelsätze gebraucht – das ist unstrittig –, aber, liebe Kollegen: Eine Abkehr vom Prinzip des Forderns und Förderns hätte der Gesellschaft schwer geschadet. Wer die Mitwirkung verweigert oder zumutbare Arbeit ablehnt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird weiterhin von Beginn an sanktioniert. Zudem wird die Höhe des Schonvermögens deutlich reduziert und die Karenzzeit halbiert. Diese Anpassungen waren richtig und wichtig, vor allem in der aktuellen Situation.

Ich komme zum Schluss, liebe Kollegen. In der Krise ist umsichtiges Handeln auf jeden Fall gefragt. Für viele Menschen ist die aktuelle Lage existenzbedrohend. Wir müssen deshalb alles tun, um die Existenz zu sichern und eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Dafür stehen wir als CSU. Dafür steht die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich der Abgeordneten Eva Lettenbauer für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Winter 2022/23 führt uns an eine schneebedeckte Gabelung. Noch ist nicht genau sichtbar, wie sich die fossile Inflation entwickelt, ob Russland seinen völkerrechtswidrigen Krieg schnell einstellt und wie sich die Corona-Pandemie und die Klimakrise auswirken. Wo also von der schneebedeckten Wegegabelung aus mögliche Wege hinführen, ist nicht sichtbar. Das wird erst das Tauwetter im Frühling offenlegen.

Wir sind aber dennoch nicht schicksalsergeben. Wir können entscheiden, ob und wie wir uns optimal auf diesen Winter vorbereiten und wie wir mit den Herausforderungen durch die Krisen umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit bestimmen wir ganz deutlich, ob wir die Kräfte in der demokratischen Gesellschaft zusammenhalten, ob wir alles tun, damit die Menschen zu ihrem Besten aufblühen, oder ob wir sie gegeneinander ausspielen. Wir bestimmen mit unseren Maßnahmen, ob und wie wir die Energiekrise bewältigen, wie wir Einkommensschwächere unterstützen und ob wir den Menschen Hoffnung statt noch mehr Sorgen machen. Die Menschen können sich auf uns GRÜNE und auf die Ampel-Bundesregierung verlassen.

(Zuruf)

Das haben die immensen Entlastungspakete gezeigt. Meine Kollegin Katharina Schulze hat die zahlreichen Maßnahmen schon aufgezählt: von der Energiepreispauschale und dem 49-Euro-Ticket bis hin zu einer höheren Pendlerpauschale und ganz besonders hin zu zielgerichteten Maßnahmen. Das Wohngeld beispielsweise wird ab 2023 um durchschnittlich 190 Euro pro Monat erhöht. Das ist doppelt so viel wie bisher. Im

Schnitt steigt das Wohngeld jetzt auf 370 Euro. Es ist zwar weiterhin eine Herausforderung, mit diesem Geld eine Wohnung zu bezahlen; aber wir tun alles, um hier endlich nachzusteuern. Auch das Bürgergeld ist ein riesengroßer Schritt in Richtung einer menschenwürdigen Existenzsicherung und in Richtung langfristiger Jobs für die Menschen hier in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit all diesen Maßnahmen helfen wir von Berlin aus Menschen und ganz besonders Familien. Hier in Bayern würden wir GRÜNE ganz deutlich das Familiengeld noch effizienter machen. Um Ihnen das zu erklären: Wir sind der Meinung, dass diejenigen Familien in Bayern, die dringend Unterstützung brauchen, diese Unterstützung bekommen sollen. Die brauchen sie auch. Daher würden wir den Familien, die wenig Einkommen haben, mehr vom Familiengeld geben, Alleinerziehenden mehr Mittel geben und so den Menschen wirklich Entlastung zukommen lassen; denn die Oberärztin und der Manager brauchen das Familiengeld oftmals nicht, die alleinstehende Pflegerin aber durchaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben wieder viele Worte über das Thema Energie verloren. Jetzt zählt, dass wir endlich darauf setzen, Deutschland und Bayern autark zu machen und unsere erneuerbare Energie hier zu gewinnen. Hören Sie deshalb einfach mal auf, das Märchen zu erzählen, Bayern wäre auf Platz eins bei Erneuerbaren. Das ist falsch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allein Niedersachsen hat im Jahr 2020 52 Terawattstunden Strom aus Erneuerbaren gewonnen, Bayern hingegen nicht mal 40 Terawattstunden. Bayern verliert völlig den Anschluss. Wenn wir uns noch dazu die Bruttostromerzeugung in Bayern anschauen, dann ist zu sehen, dass diese bei den Erneuerbaren 2021 im Vergleich zu 2020 sogar um 1,5 Terawattstunden zurückgegangen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Bayern muss endlich wieder volle Kraft voraus auf die Windenergie setzen, diese Blockade beenden, Stromleitungen ausbauen und ein Geothermie-Förderprogramm auflegen, das seinen Namen verdient und nicht nur eine Geothermie-Anlage im Jahr fördert. Es ist doch hanebüchen, dass Sie sich hier des Spitzenplatzes rühmen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE sind überzeugt: Biogasanlagen sind notwendig für eine flexible Stromerzeugung. Wir stehen an der Seite der Biogasanlagenbetreiberinnen und -betreiber. Wir stellen uns hinter die Menschen, die jetzt Solarstrom auf ihren Dächern gewinnen.

Wir haben die Mehrwertsteuer ausgesetzt. Es ist keine Mehrwertsteuer mehr zu zahlen, wenn man sich energieautark macht und PV-Module installiert. So steht die Ampel an der Seite der Menschen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Fabian Mehring für die FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat: Nach zwei herausfordernden Corona-Wintern lautet die zentrale politische Frage auch im Winter 2022 angesichts des Krieges im Herzen von Europa erneut: Wie bekommen wir unser Land und seine Menschen bestmöglich durch diese schwierigen Zeiten? – Dazu ist entscheidend – das wird die Frage sein, an der sich das entscheidet –, dass es uns möglichst gut gelingt, dafür zu sorgen, dass die Menschen in Bayern, in unserer Heimat, so wenig wie möglich zu mittelbaren Opfern des außenpolitischen Amoklaufs von Putin in der Ukraine werden.

Im Rahmen dieser Debatte sind schon einige kluge Ausführungen gemacht worden.

(Florian von Brunn (SPD): Von den Ampel-Parteien allerdings!)

Erlauben Sie mir, dazu noch zwei oder drei weiterführende Gedanken beizutragen.

Erster Gedanke, die Energiewende, die Energie- und Umweltpolitik betreffend: Ich bin fest davon überzeugt, dass da dieses Momentum des Zusammenhaltens, des Vertretens einer gemeinsamen Linie am allermeisten in den Mittelpunkt zu stellen ist, weil es hier derzeit gewissermaßen zwei Denkschulen gibt. Das sind zwei Denkschulen, die in nahezu allen demokratischen Parteien vertreten sind. Eine Denkschule geht davon aus, die Energie- und Klimawende gelingt uns dadurch, dass wir Verbote verhängen, dass wir eine Deindustrialisierung in Kauf nehmen, dass wir uns einschränken und dass wir den Menschen sagen, wie lange sie duschen sollen.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Martin Hagen (FDP))

Schwierig wird es bei dieser Denkweise immer dann, wenn sie sich noch mit denjenigen in unserem Land gemein macht, die glauben, wir könnten die Klimawende schaffen, indem wir uns auf die Straßen kleben oder Suppe auf Gemälde werfen.

Dazu gibt es im Sinne eines Gegenentwurfes eine zweite Denkschule, der wir, die FREIEN WÄHLER und die CSU als regierungstragende Fraktionen in Bayern, anhängen. Wir wollen versuchen, die Chance in dieser Krise zu ergreifen und auf Hightech und Innovation statt auf Verbote zu setzen. Meine Damen und Herren, wir wollen dafür sorgen, dass wir uns aus dieser Krise heraus die Spitzenplätze auf den grünen Märkten der Zukunft erarbeiten, wie wir das beispielsweise beim Wasserstoff schon unter Beweis gestellt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb mein erster Appell: Wenn wir gut durch diesen Winter kommen wollen, wenn wir dafür sorgen wollen, dass die Energie- und Klimawende gelingt, dann wird es nötig sein, dass wir als diejenigen, die in Bayern die Verantwortung tragen, nicht im Team Waschlappen, sondern im Team Hightech spielen.

(Florian von Brunn (SPD): Dann muss man Entscheidungen treffen, wenn man nicht im Team Waschlappen sein will!)

Deshalb gibt es nicht nur die milliardenschwere Hightech Agenda, sondern weitere 500 Millionen Euro im nächsten Haushalt für den Umbau auf Heimatenergie – Stichwörter: autark und nachhaltig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es klappt nicht über Einschränkungen auf Dauer. Es klappt über Innovation und Hightech. Unser Land ist nicht nur das Land der Dichter und Denker, sondern auch das Land der Ingenieure und Erfinder. Deshalb soll und muss Bayern an der Spitze dieser Bewegung stehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein erstes Plädoyer: Lassen Sie uns nicht in die Verbotskultur eintauchen und das Team Waschlappen sein, sondern lassen Sie Bayern im Team Hightech spielen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die zweite Bemerkung hat eine sozialpolitische Konnotation – aber keine Sorge, ich möchte jetzt nicht noch einmal in die Debatte um das Bürgergeld einsteigen. Ein Konsens dazu ist zwischenzeitlich gefunden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wenn wir gut durch diesen Winter kommen wollen, dann wird es nötig sein, dass wir nicht diejenigen vergessen, die in unserem Land den Karren ziehen. Wie meine ich das? – Umwelt- und Sozialpolitik haben nach der festen Überzeugung von uns FREIEN WÄHLERN zwei Dinge gemeinsam: Erstens sind sie die Masterthemen unserer Zeit. Zweitens sind sie aber auch Politikfelder, auf denen nicht ein Euro verdient wird, sondern Politikfelder, die zunächst einmal Geld kosten.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt im Umkehrschluss: Jede gute Umwelt- und Sozialpolitik setzt zunächst einmal eine solide Wirtschaftspolitik voraus.

Jeder Euro, der aus Berlin über Transferleistungen verteilt wird, muss zunächst einmal verdient werden.

(Alexander König (CSU): Das ist das Einmaleins!)

Viele dieser Euros werden in Bayern verdient, damit sie dann aus Berlin verteilt werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir gut durch diese Krise kommen wollen, dann müssen wir an den Mittelstand, die Industrie und das Handwerk denken. Dann müssen wir auch an diejenigen denken, die den Karren in unserer Heimat ziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Eine letzte Bemerkung. Ich glaube, wenn wir die Gesellschaft zusammenhalten wollen, dann sind wir, Kolleginnen und Kollegen, gut beraten, uns nicht von einer Situation in der Mediendemokratie vereinnahmen zu lassen, die notwendigerweise dazu führt, dass Öffentlichkeit immer nur eine große Krise auf einmal kann. Wie meine ich das? – Wir dürfen deswegen, weil jetzt Krieg in der Ukraine ist und weil wir eine Energiekrise haben, nicht vergessen, dass wir noch vor zwei Jahren auf den Balkonen standen und einvernehmlich geklatscht haben, uns einig waren, dass es große Reformen im Bereich der Pflege und der Gesundheitsversorgung braucht. Wir dürfen nicht vergessen, dass es Volksbegehren gab, bevor wir über Pflegereformen gesprochen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen nicht zulassen, dass eine Krise die andere überlagert. Wir müssen die Lehren aus den vergangenen Krisen ziehen. Dann, glaube ich, sind wir gut gerüstet, dass man nach diesem Winter auch wie schon nach den beiden Corona-Wintern zum Ergebnis kommen kann, dass es gut ist, in Bay-

ern zu leben, und zwar nicht nur in guten Zeiten, sondern insbesondere in schlechten und schwierigen Zeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Maximilian Deisenhofer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie heißt es so schön? – In der Krise beweist sich der Charakter. Ich darf stellvertretend für unsere GRÜNEN-Landtagsfraktion in Anspruch nehmen, dass wir während der Corona-Krise einerseits kritisch waren, wie es unsere Aufgabe als Opposition ist, andererseits auch konstruktiv Entscheidungen begleitet und in Teilen auch mitgetragen haben. Wir haben nicht versucht, die Bevölkerung mit irgendeinem Unsinn wie Deindustrialisierung oder mit dem, was ich heute schon wieder gehört habe, zu verunsichern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben dagegen in staatspolitischer Verantwortung in einer der größten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg hier an dieser Stelle konstruktiv mitgewirkt, damit wir gut durch die Corona-Krise kommen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Blick auf die Summe an Krisen, denen wir als Gesellschaft jetzt gegenüberstehen, wäre genau das wieder der Anspruch, den man als Ampel-Opposition an die CSU stellen könnte. Die Mischung aus Selbstlob und Ampel-Bashing, die man vor allem aus der Staatskanzlei und in kleinerem Umfang auch heute Morgen hier im Plenum gehört hat, ist meiner Meinung nach keine Strategie, die dem Ernst der Lage auch nur annähernd gerecht wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die hohen Energiepreise sind auch die Folge der bisherigen massiven Abhängigkeit von russischem Gas – aber wir haben ja gesagt, dass wir nicht so viel zurückschauen wollen, wie wir in diese Abhängigkeit geraten sind, obwohl mir dazu einiges einfallen

würde. Gerade Bayern ist besonders von russischem Gas abhängig. Diese Abhängigkeit und die hohen Energiepreise belasten die Familien und damit auch die Kinder hier in Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen zwei Dinge tun. Wir müssen natürlich kurzfristig entlasten. Mittelfristig müssen wir die familien- und bildungspolitischen Weichen in eine bessere Richtung stellen.

Im Bereich der kurzfristigen Entlastung ist mir durchaus bewusst, dass die exorbitant hohen Kosten, die durch die gestiegenen Energiepreise derzeit entstehen, kein Staat dieser Welt komplett auffangen kann. Ich denke aber schon, dass man vonseiten der CSU auch einmal anerkennen könnte, was bundespolitisch schon alles passiert ist. Man hätte ja auch einmal in der Debatte erwähnen können, dass das Kindergeld auf 250 Euro erhöht worden ist. Das kommt ab 1. Januar 2023. Man hätte auch darauf hinweisen können, dass der Kinderzuschlag für alle Alleinerziehenden und Familien mit kleinem Einkommen auf 250 Euro erhöht wird. Man hätte erwähnen können, dass einmalig der Kinderbonus in Höhe von 100 Euro im Jahr 2022 als Soforthilfe ausgezahlt wird. Dazu kommen – das ist schon angesprochen worden – die Energiepreisbremse, die Übernahme der Abschlagszahlungen im Dezember und ein Zukunftspaket für mehr Bewegung, Kultur und Gesundheit in Höhe von 55 Millionen Euro im Bundeshaushalt.

Viele dieser Entlastungen dauern ein bisschen. Manches ist nicht zielgerichtet – das ist auch schon angesprochen worden – oder nicht so zielgerichtet, wie man es sich wünschen würde. Aber diese Regierung in Berlin nimmt viel Geld in die Hand, um Kinder und Familien zu entlasten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe es gerade schon angesprochen: Nur kurzfristige Entlastung bringt uns vielleicht durch diesen Winter; das reicht uns aber nicht als Maßnahmen. Wir müssen an den bisher schon bestehenden Baustellen weiterarbeiten und deutlich besser werden.

Der wichtigste Rohstoff in unserem rohstoffarmen Land ist die Bildung. Die ersten sechs Jahre – das weiß ja inzwischen jede und jeder – sind für die Entwicklung der Kinder am wichtigsten. Daher ist dringend erforderlich, nachhaltig in die Familien und vor allem in die frühkindliche Bildung zu investieren. Seit Jahren wartet das Personal in diesem Bereich auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen; aber es kommt nichts in der Praxis an. Was ist denn die Perspektive für das hoch belastete Kitapersonal? Wir können natürlich weiter auf die Solidarität der Erzieherinnen und Erzieher setzen, die aus Liebe zu ihrem Beruf und zu den Kindern den Job weitermachen. Wir können aber nicht dauerhaft schwierige Arbeitsbedingungen zulassen; denn die Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich sollen nicht nur in diesem Winter bleiben, sondern sollen langfristig bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zur originären landespolitischen Verantwortung. Wir haben in Bayern einen hausgemachten Lehrkräftemangel. Dieser ist selbst verschuldet, weil man die Leute jahrelang auf die Straße gesetzt hat. Jetzt werden an bayerischen Schulen Stunden gestrichen, und zwar weder wegen der Corona-Krise noch wegen der kalten Klassenzimmer infolge der Energiekrise, wie hier behauptet wurde. Nein, es werden Stunden gestrichen, weil wir nicht genügend Personal haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist eigentlich ein Skandal!

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Hagen (FDP): So ist es! – Alexander König (CSU): Weil das Personal zu viel Teilzeit macht!)

Ein letzter Satz noch, der mir persönlich sehr wichtig ist: Ich finde es gut, dass die Regierungsfractionen unseren Vorschlag aufgegriffen haben, die Vereinspauschale auch 2023 zu erhöhen. Aber auch hier braucht es dringend Hilfen für Kinder und Jugendliche, damit nicht ein einziges Training in diesem Winter ausfällt. Lassen Sie uns zusammenhalten und gemeinsam daran arbeiten, dass wir gut durch diesen Winter und auch durch diese Krise kommen in staatspolitischer Verantwortung aller Beteiligten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Steffen Vogel für die CSU-Fraktion.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Bayern zusammenhalten – gemeinsam durch den Winter" – so wurde die Aktuelle Stunde durch die GRÜNEN thematisch beantragt. Frau Schulze hat diese Aktuelle Stunde zu einer Verteidigungsrede der Ampel und der grünen Habeck-Bundesregierung genutzt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Zu einer Lobrede! – Tobias Reiß (CSU): Zu einer Lobhudelrede! – Allgemeine Heiterkeit)

– Genau, zu einer Lobhudelrede. – Ich glaube, das war auch dringend notwendig; denn die Menschen im Land spüren, wer Verantwortung trägt und wer dafür verantwortlich ist, dass sich die Menschen zum Jahreswechsel so sorgen; dass sie sich sorgen, warum die Energiepreise so hoch sind. Die INSA-Umfrage, die diese Woche veröffentlicht worden ist, sagt: Noch nie haben so viele Menschen in Deutschland – 38 % – angegeben, aufgrund der Doppelmoral der GRÜNEN auszuschließen, jemals die GRÜNEN zu wählen.

(Elmar Hayn (GRÜNE): Quatsch!)

Die Bürgerinnen und Bürger könnten sich eher vorstellen, die Linken zu wählen als die GRÜNEN.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Maximilian Deisenhofer (GRÜNE) und Toni Schuberl (GRÜNE))

Und warum? – Man muss das einmal deutlich machen. Deswegen halte ich Ihnen auch den Spiegel vor, Frau Schulze. Sie nennen jetzt positive Beispiele, was die Ampel, die Bundesregierung und Habeck alles gemacht hätten.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Traurig, traurig!)

Ich erinnere daran: Es gab ein Energiegeld. Die sozial Schwachen hat man aufgenommen.

(Tobias Reiß (CSU): Die Rentner!)

Man hat nämlich zum Beispiel die Rentner und die Studierenden nicht berücksichtigt. Man hat sie erst auf Druck der Opposition reingenommen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Ich darf daran nur einmal erinnern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In ganz Europa gab es die Überzeugung, dass man die Gaspreise senken und einen Deckel einziehen muss. Was überlegt sich die rot-grün-gelbe Bundesregierung? – Eine Gasumlage! Bei uns gab es sogar den Beschluss, dass man das Gas für die Bürgerinnen und Bürger, für die Betriebe und Unternehmen praktisch verteuert.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Es ging um die Versorgungssicherheit! – Florian von Brunn (SPD): Sie haben den Strom verteuert!)

Erst auf Druck der Opposition hat man diese verkorkste Gasumlage im letzten Moment abgewendet.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Wenn die Opposition nicht so Druck gemacht hätte, dann gäbe es keine Entlastung, sondern dann würden die Bürgerinnen und Bürger heute einen Zuschlag auf den hohen Gaspreis zahlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann kommt die Gaspreisbremse. Andere Länder in Europa machen aber erst einmal einen Deckel. Wir machen 12 Cent pro Kilowattstunde. Wir zahlen den Risikoaufschlag. Was werden die Versorger da alles aufschlagen? – Das heißt, es wird jetzt sehr viel Geld ausgegeben, weil man als Versorger natürlich sagt: Na ja, es wird ja alles bezahlt, was über die 12 Cent hinausgeht; dann muss man auf Nummer sicher gehen usw. Das heißt, man hätte das viel intelligenter machen können: erst einmal einen Energiepreisdeckel einführen und dann die entsprechende Bremse. Den deutschen Steuerzahler wird das sehr, sehr viel Geld kosten.

Wirklich zu entlarven ist aber diese Doppelmoral. Die ist ja brutal! Wir haben jetzt den Deal mit Katar. Das wird durch den Winter gefeiert. Der Energieminister Habeck sagt: Das ist ein Superdeal, 15 Jahre Laufzeit.

Erstens. Die Menge beträgt 2 bis 3 %. Pro Jahr werden 2 bis 3 % des Gasbedarfs durch Katar geliefert.

Zweitens. Ab 2026! – Was ist mit den Wintern 2022/2023, 2023/2024 und 2024/2025?

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Das heißt, dieser Deal bringt für die Energieversorgung, für die Sicherheit unserer Menschen, unserer Bürgerinnen und Bürger in den nächsten zwei Jahren überhaupt nichts. Gar nichts!

(Katharina Schulze (GRÜNE): Sie haben keine Ahnung von Energiepolitik!)

Drittens. Wie passt dieser Superdeal denn mit der Dekarbonisierungsstrategie der roten Energiebundesregierung zusammen? – Gas bis 2041!

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Viertens. Wie passt das denn mit der Moral – ich sage: Doppelmoral – der GRÜNEN zusammen?

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Kerstin Celina wird heute in der "Main-Post" zitiert. Achtung, ich zitiere: Katar ist eine Klassengesellschaft mit klarem Oben und Unten. In Katar werden Menschen ausgegrenzt, homosexuelle Paare mit Gefängnis bedroht, homosexuelle Muslime sogar mit Todesstrafe bedroht.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Stimmt alles!)

Wenn der deutsche Energieminister in Katar ist, kann der Knicks nicht tief genug sein! Man verbeugt sich, um Katar-Gas nach Deutschland zu bringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Christina Haubrich (GRÜNE):
Und warum?)

Der Energieminister von Katar wird im "Spiegel" zitiert: Habeck hat die Menschenrechte mit keinem Satz angesprochen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Und Sie glauben dem eher als unserem Wirtschaftsminister? Das spricht auch nicht für Sie!)

Dem deutschen Energieminister ging es ausschließlich ums Gas und nicht um Menschenrechte.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Das ist grüne Doppelmoral.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Scheint schmerzhaft zu sein!)

Die grüne Ideologie

(Florian von Brunn (SPD): Herr Vogel, wer hat Orbán den roten Teppich ausgerollt?)

sieht wahrscheinlich vor,

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Alexander König (CSU):
Die Wahrheit ist schmerzhaft!)

dass die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu ihrer satten Gasrechnung eine One-Love-Binde zur moralischen Beruhigung mitgeschickt kriegen, damit das moralisch alles wieder im Gleichgewicht ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bleibe deshalb dabei: Die Bürgerinnen und Bürger, der Mittelstand, die Handwerker zahlen die Zeche für die rot-grüne Doppelmoral,

(Unruhe – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

für die rot-grüne Sankt-Florians-Ideologie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): So ist es! – Katharina Schulze (GRÜNE): Ist Ihnen klar, warum wir die fossile Energiekrise haben? – Wegen Putins Angriffskrieg! Wahnsinn! Unterirdisch!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Redezeit ist leider beendet.

Steffen Vogel (CSU): Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Staatsminister Klaus Holetschek das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute erst einmal die Kollegin Scharf entschuldigen, die für dieses Thema mit federführend ist. Sie ist auf der Sozialministerkonferenz. Dort werden heute wichtige Themen beraten.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Es ist, glaube ich, gar nicht so einfach, wenn einem bei manchen Themen der Spiegel vorgehalten wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD):
Meinen Sie die Bemerkung von Susann Enders?)

Es ist tatsächlich nicht so einfach, damit umzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, "Bayern zusammenhalten – gemeinsam durch den Winter" ist eigentlich schon ein richtiger Titel. Ich war gestern beim Ehrenamtsempfang des Bayerischen Ministerpräsidenten in Schwaben, in Augsburg. Ich kann Ihnen sagen: Bayern zusammenhalten – das tun die Bürgerinnen und Bürger, die Menschen in unserem Land, die großartig arbeiten, die in dieser Gesellschaft jeden Tag mehr tun, als sie tun müssten. Ihnen möchte ich an dieser Stelle erst einmal danken. Das sind nämlich die wahren Helden. Das sind diejenigen, die unser Land zusammenhalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich selber bin seit Langem Schirmherr einer Tafel; ich habe sie mitgegründet. Ich weiß, was dort im sozialen Bereich geleistet wird.

(Zurufe der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) und der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Ich bin deswegen auch froh, wenn unser Ministerpräsident zum Beispiel auch bei den Tafeln ist und dort auch Signale setzt.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Ist ja super angekommen!)

– Nein! Ziehen Sie die Dinge doch nicht immer runter. Wir müssen bei den Menschen sein. Das ist das Entscheidende. Wir müssen mit den Menschen reden, nicht über die Menschen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Unsere DNA, lieber Herr von Brunn, sind nicht drei Z's.

(Florian von Brunn (SPD): Zaudern, zögern, zetern!)

Unsere DNA in der bayerischen Politik ist: sich sorgen, sich kümmern und Probleme lösen.

(Florian von Brunn (SPD): Zögern anstatt machen!)

Das ist unsere DNA und nichts anderes!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD):
Zaudern, zögern, zetern!)

– Nein, lassen Sie uns von den Problemen, die Sie in Berlin haben, doch nicht einfach ablenken.

(Florian von Brunn (SPD): Wir lösen die Probleme!)

Sie haben dort doch Dinge auf den Weg gebracht, die handwerklich einfach schlecht sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten
Claudia Köhler (GRÜNE) – Unruhe)

Wenn ich an die Krankenhäuser denke: Es ist gut, dass wir für die Krankenhäuser sechs Milliarden haben. Ich bin gespannt, wann das Geld bei den Häusern ankommt. Die Sorgen sind dort riesengroß,

(Florian von Brunn (SPD): Erhöhen Sie die Zuschüsse!)

dass Energie- und Sachleistungen nicht ausgeglichen werden. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Florian von Brunn (SPD): Nein!)

Das Geld muss jetzt dort bei den Menschen, bei den Institutionen ankommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da nützt es nichts, nur darüber zu reden. Verstehen Sie? Da muss man jetzt liefern. Ich erwarte das.

Bayern hat einen Härtefallfonds aufgelegt.

(Florian von Brunn (SPD): Wo ist er? Sachlich Quatsch!)

Der kann aber erst scharf gestellt werden, wenn wir wissen, welche Rahmenbedingungen Sie in Berlin setzen. Jeden Tag eine andere Botschaft!

(Florian von Brunn (SPD): Sie setzen sich in den politischen Schaukelstuhl und tun gar nichts!)

– Entschuldigung, es geht nur, wenn wir wissen,

(Florian von Brunn (SPD): Zuschauregierung!)

wie die Fakten sind; dann können wir weiter subsidiär helfen – ob das die ambulante Pflege ist, die Sie vergessen haben, oder viele andere Dinge. Nehmen Sie mal zur Kenntnis, dass es einfach nicht funktioniert.

Wenn wir über Fake News und andere Dinge reden – Herr Hagen ist jetzt leider nicht da –,

(Florian von Brunn (SPD): Der macht es richtig!)

dann muss ich schon mal sagen: Irgendwie muss es schon ein bisschen seltsam sein, wenn er hier den Herrn Lindner verteidigt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Ich lese mal vor, was der Rechnungshof gesagt hat: Das Finanzministerium verschlei-ere die wahren Kosten im nächsten Haushalt. – Das ist die Wahrheit: Schattenhaus-halte aufbauen, Kosten verschleiern.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Und dann wird hier über Fake News geredet. Ja, wo sind wir denn, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch beim Bürgergeld: Wir sind dafür, dass Bürgerinnen und Bürger, die Hilfe brau-chen, unterstützt werden. In unserem Land muss doch aber der Grundsatz "Fördern und Fordern" noch was gelten. Es muss doch was wert sein. Der, der jeden Tag auf-steht, in die Arbeit geht und damit sein Geld verdient, muss doch vom Lohnabstands-gebot her noch anders als mit dem Bürgergeld dastehen.

(Florian von Brunn (SPD): Das brauchen wir gegenüber der Staatsregierung aber auch: Fördern und Fordern! – Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Das Bürgergeld ist durch die Opposition – auch im Sinne der Menschen in unserem Land – besser geworden. Ich kann mich da nicht hinstellen und sagen: Nein, es ist alles in Ordnung, funktioniert alles. – Es funktioniert eben nicht alles.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Juli-ka Sandt (FDP))

Wir werden deswegen auch sehen, wie es jetzt im Detail weitergeht, zum Beispiel beim Thema Wohngeld. Der Kollege Bernreiter ist da. Das ist ein wichtiges, zentrales

Thema. Schauen wir aber mal, wie die Abwicklung und wie bürokratisch dieses Verfahren sein wird, damit die Menschen dieses Wohngeld dann auch bekommen.

Wir brauchen jetzt große Aufschläge: Entbürokratisierung. Wir müssen die Dinge vereinfachen. Und da muss Berlin die notwendigen Schritte tun, gerade bei der Gesundheit und der Pflege. Wir sind hier tatsächlich darauf angewiesen, dass diese Schritte dort getan werden, wo die Zuständigkeiten liegen. Diese Zuständigkeiten dürfen nicht immer auf die andere Seite geschoben werden.

Wir wollen gut durch diesen Winter kommen. In Zeiten der Corona-Krise haben wir vieles gemeinsam entschieden, auch wenn sich manche daran nicht mehr erinnern können. Dafür will ich mich bei Ihnen allen bedanken. Der Kern war: Wir haben immer versucht, gemeinsam zum Schutz der Menschen zu handeln, aus einer Verantwortung und aus einem Ethos heraus. Das war die DNA dieses Hohen Hauses. Diese DNA sollten wir in krisenhaften und schweren Zeiten beibehalten.

Wir müssen Bayern zusammenhalten und die Menschen schützen. Wir alle wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern durch den Winter kommen. Dazu müssen diejenigen ihre Hausaufgaben machen, die dafür zuständig sind! Wir machen unsere Hausaufgaben! Wir stehen bei den Menschen! Damit werden wir gut durch diesen Winter kommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.